

# Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 12000 Mark. Einzelne Nummern 500 Mark.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteile 1000 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 2000 M., unter Eingeladet 3000 M. Grundschrift auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulen und der Landeskulturzentren, Jahresbericht und Rechnungsbücher der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstbetrieben.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptkassierer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 152

Dienstag, 3. Juli

1923

## Englands Drohung mit dem gesonderten Vorgehen nur ein Manöver?

Das englische Dementi ist schon da!

Am Montag hat der englische Ministerpräsident den französischen Botschafter in London empfangen, um eine mündliche Antwort auf den von seiner Regierung an Poincaré gerichteten Fragebogen entgegenzunehmen. Der Inhalt der mündlichen Auskünfte wird vorläufig geheimgehalten, aber das Renouveau zwischen der offiziellen Pariser Presse und den der Regierung nahestehenden Blättern in London läßt erkennen, daß die Differenzen zwischen Frankreich und England groß sind und nicht so schnell überbrückt werden können. Trotzdem gehören wir mit zu den Kreisen, die Hoffnungen auf ein Verständnis zwischen England und Frankreich aus der Schärfe der englischen Pressepolitik schöpfen. Früher schon haben englische Regierungen, erinnert sei an Lord George und Bonar Law, aus Anlaß schweriger Situationen mit einer Geste nach Frankreich gelehrt. Es nimmt deshalb auch nicht wunder, wenn die Regierung Baldwin in Ermangelung positiver Kräfte gegen Poincaré in der gegenwärtigen Lage ebenfalls die Geste der Unterwerfung als letzten Ausweg betrachtet. Aber die allgemeine europäische Lage spricht mehr für die Notwendigkeit eines Verständnisses zwischen den beiden mächtigsten Mächten des Kontinents als für die Verwirklichung der von England jetzt angeblich erneut angebotenen Geste. Deutschland würde jedenfalls von einer derartigen Aktion nicht den geringsten Vorteil haben und es ist uns unverständlich, wie gewisse Kreise von einem Zerwürfnis zwischen Frankreich und England das Ziel des deutschen Volkes erwarten können, denn sicher würde Frankreich trotz seinem Zerwürfnis mit England die Ruhebefehle zur Entgegennahme seiner Bedingungen zwingen.

So wenig wir an eine Verständigung des französisch-englischen Bündnisses glauben können, so sehr sind wir davon überzeugt, daß sich die amtlichen Stellen in London und Paris, wenn auch nach Überwindung großer Hindernisse, aber kurz oder lang doch einigen werden. Man muß sich darüber klar sein, daß diese Verständigung, nachdem die Regierung Cuno unsere Interessenvertretung ausschließlich in die Hände Englands gelegt hat, nur auf Kosten Deutschlands vor sich gehen kann. Frankreich besteht nach wie vor auf die Aufrechterhaltung der Eisenbahntarife, die inzwischen im Ruhrgebiet durchgesetzt ist. Außerdem fordert es Sicherheitsmaßnahmen, die in den rheinischen Gebieten zur Durchführung gelangen sollen. Nichts spricht dafür, daß die französische Regierung von diesen grundsätzlichen Forderungen abgehen wird, vielmehr ist dagegen anzunehmen, daß sich das durch die Verhältnisse diktierte englisch-französische Kompromiß auf die oben bezeichneten Punkte aufbaut. Fraglich ist nur, ob die Regierung weiterhin in der Hand einzelner Entente-Mächte bleibt und ob die ererbten Sicherheitsmaßnahmen ihrer Durchführung durch Beitritt der alliierten Staaten hindern. Poincaré ist zwar nach wie vor bestrebt, sein selbständiges Machtwort im Ruhrgebiet aufrechtzuerhalten, aber er wird sich nach einer grundsätzlichen Einmütigkeit der englischen Regierung zu einer Eisenbahntarife und einer Sicherheitsaktion bereit erklären müssen, die Kontrollmaßnahmen dem Völkerbunde zu überlassen. England hat bereits in diesem Sinne vor. Es versucht, durch Bestärkungen dieser oder jener Art den Völkerbund in Deutschland schamlos zu machen, um unterem Volke dadurch die Zustimmung zu den für uns formenden unerträglichen Entscheidungen zu erleichtern.

Daß die Forderungen der englischen Presse mit einem Sondervergehen Englands durch die Reparationsfrage nicht ganz ernst zu nehmen sind, beweist folgende Neukommunikation, die wahrscheinlich dazu dienen soll, eine Brücke über die Kluft zwischen der Londoner und der Pariser Auffassung zu schlagen:

**London, 2. Juli.**  
Weiter meldet: In offiziellen Kreisen Londons ist man überzeugt über die Absicht, die britische Regierung sei entschlossen, eine sofortige Regelung mit Frankreich zu erzwingen. Von ernsthafte Seite wird festgestellt, daß es durchaus vorzuziehen wäre, von einem gesonderten Vorgehen Englands Deutschland gegenüber zu sprechen.

### „Matin“ verlangt ein Dementi des Foreign Office.

Paris, 2. Juli.  
Der „Matin“ kommt heute auf den Artikel des „Observer“ zurück und sagt:

Man müsse lebhaft wünschen, daß Baldwin und Lord Curzon unverzüglich in einer jeder Zweideutigkeit ausschließenden Form erklären, daß sie in keiner Weise mit dem Artikel des „Observer“ übereinstimmen und daß sie durchaus nicht beabsichtigen, die Methode anzuwenden, die das Blatt angelobt hat.

Entweder würde man in der Downing Street und im Foreign Office, das französisch-englische Bündnis wiederherzustellen. In diesem Falle könne man nur durch eine der verschiedenen Ideen Rechnung tragende vollkommene Reziprozität einen Erfolg erzielen. Oder man zeige sich entschlossen und indifferent gegen die Aufnahme freundschaftlicher und vertrauensvoller Beziehungen. Dann aber werde vorzugehen sein, daß man, bevor man Verhandlungen einleitet, zunächst erkläre, daß man nicht zur jeglichen Projektion seine Zustimmung, die darin besteht, sich bei der ersten formellen Schwierigkeit zu freieren und glauben zu machen, daß Frankreich allem Hindernisse bereite.

### „Tempo“ wittert gegen den „Observer“.

Paris, 2. Juli.  
In einem Leitartikel von ungehörter Festigkeit beschäftigt sich der „Tempo“ mit dem Summary, das der „Observer“ veröffentlicht hat.

Wir können uns nicht erinnern, daß seit den Aufforderungen, welche die deutsche Presse während der Tanager, der Agadir- und der Senegal-Krise an Frankreich gerichtet hat, ein ausländisches Blatt, das die offizielle Meinung zum Ausdruck zu bringen glaubt, in diesem Tone die französische Regierung zur Rede zu stellen gewagt hat. Was die in leidenschaftlicher gehaltenen Demarche des englischen Botschafters in Paris anlangt, so scheuen wir uns nicht, sie als lächerlich zu bezeichnen. Sie bedarf eines Dementis aus London.

Übrigens ruft der Artikel des „Observer“ weitere Erinnerungen wach und läßt an die vergangene Emser Depesche denken. Unter Umstellung der Wahrheit verläßt sie Frankreich und alle Welt zu der Annahme, daß es Verhandeln unmöglich sei wegen des Zwischenschaltens zwischen dem französischen Botschafter und dem König von Preußen. Wenn man weiß, wie wir wissen, wie der englische Botschafter voller Takt, Kaltblütigkeit und Freundschaft für Frankreich ist, was man fernher weiß, daß seine Schritte stets voller Sympathie und in freundschaftlicher, vornehmer Art gehalten sind, wie kann man dann wagern, dem heute im „Observer“ veröffentlichten Artikel dem seinerzeit in Ums geschickten Telegramm aus Seite zu stellen?

Frankreich soll sich bereit erklären, über das deutsche Angebot vom 7. Juni zu verhandeln, während die französische Regierung und das französische Parlament offen erklärt haben, daß sie dieses Angebot keiner Prüfung unterziehen würden, bevor der deutsche Widerstand eingestellt wird. Die Dinge werden in

einem solchen Zusammenhang gebracht, daß ein Bruch unvermeidlich erscheint.

Wenn der „Observer“ von Frankreich eine schriftliche Antwort verlangt, so ist es ihm nicht darum zu tun, zu einer Verständigung zu gelangen, vielmehr darum, daß die Antwort neben den englischerseits formulierten Fragen veröffentlicht wird. Die Taktik, die der „Observer“ für offiziell ausgegeben hat, wird folgende sein: Entweder antwortet Frankreich schriftlich und seine Antwort wird offiziell ausgehängt, damit die Unstimmigkeit in die Augen springt, oder aber Frankreich antwortet nicht schriftlich, woraus man ihm offiziell von dem Bruche Mitteilung macht.

### Der freundliche Lord Crewe.

England hat keine schriftliche Antwort gefordert.

Wie zurecht unsere oben angeführten Zweifel an den Redebenen über ein bevorstehendes Sondervergehen Englands in der Reparationsfrage waren, bestätigt die folgende Meldung, aus der zu erkennen ist, daß die englische Regierung bereits wieder zum Rückzug geblasen hat.

London, 2. Juli.

Das gutunterrichtete Blatt wird zur Lage mitgeteilt: Es ist unrichtig, daß Lord Crewe bei seiner letzten Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré einen brüskierten und sogar drohenden Ton angeschlagen habe. Die Besprechung ist vielmehr in freundschaftlicher Form geführt worden. Ebenso unrichtig ist, daß man englischerseits auf einer schriftlichen Form der Antwort bestehende und eine mündliche Antwort nicht annehmen wolle. Endlich sind alle Voraussetzungen über die Politik, welche die britische Regierung befolgen würde, falls die französische Antwort keine Möglichkeit zu einer Einigung ergeben sollte, verfrüht. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Äußerungen der englischen Blätter ein getreues Abbild von der öffentlichen Meinung des Landes geben, das immer dringlicher nach einer Regelung verlangt. Natürlich ist es von größter Wichtigkeit, daß unzulässige Gewalttaten unterbleiben.

Paris, 3. Juli.

Der Londoner Berichterstatter des „Welt Telegramm“ schreibt: Die autorisierten Botschafter der englischen Regierung hätten nie mehr den Wunsch nach einer Lösung in der energischen Form zum Ausdruck bringen wollen, wie dies die Spitzenorgane der britischen Presse getan hätten. In offiziellen Kreisen habe man sich im Gegenteil bemüht, gestirnt zu unterstreichen, daß die Unterhandlung zwischen London und Paris seit Abendung des Fragebogens fortlaufend geführt worden sei. Man nehme in London an, daß der Besuch des französischen Botschafters am Mittwoch erfolgen werde. Die Lage sei bitter ernst; sie könne ohne Gefahr nicht noch länger andauern. Der Eindruck des Pessimismus, der durch gewisse Organe der englischen Presse geschaffen worden sei, erscheint dem Korrespondenten des salzamtlichen Blattes für den Augenblick aber ungerechtfertigt.

### Die britische Presse noch pessimistisch.

London, 3. Juli.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ vermutet, daß der französische Botschafter bereits im Besitz der Antwort Poincarés sei, aber diese Antwort nicht oder bekanntgabe, als bis sein belgischer Kollege

in der Lage sein werde, sich ihm anzuschließen. Man werde wohl bis morgen auf die französische Antwort zu warten haben. Wenn auch die britische Regierung noch in keiner Form eine eventuell unabhängige Aktion beschlossen habe, müßten sich jedoch die britischen Minister zweifellos bereits die Alternativen überlegt haben, die in Betracht kämen, wenn ein Zusammenarbeiten aller Mächten nicht möglich sei. Diese Möglichkeiten beruhen in der Errichtung einer internationalen Kommission zur Befestigung der deutschen Zahlungsfähigkeit, der Großbritannien und alle Mächten, die sich anschließen wollten, sowie auch Deutschland angehören sollten. Vielleicht werde auch der Internationale Gerichtshof eingeladen, gewisse Bestimmungen des Versailler Vertrages autoritativ auszulassen. Ein Leitartikel der „Times“ spricht von der Möglichkeit einer baldigen Zusammenkunft zwischen Baldwin und Poincaré. Die Rubrikation habe die Wirkung gehabt, Deutschlands Zahlungsfähigkeit ernstlich zu vermindern. Deutschlands letztes Angebot enthalte wenigstens eine feste Summe. Durch die Rubrikation sei Europa von fortschreitender Lähmung ergriffen. Es sei von Frankreich politisch umfänglich ein Schuldner zu verzeichnen. — „Daily News“ schreibt, daß England jetzt seit drei Wochen auf die französische Antwort warte. Es würde Frankreich keinen Dienst erweisen, wenn man verschweigen wollte, daß die Geduld Englands auch ihre Grenzen habe. — Die „Morning Post“ hält eine Verständigung mit Frankreich für möglich, falls England durch Abschluß eines Bündnisses die Sicherheit Frankreichs vergrößere.

### Auch Paris nachgiebig.

In gleichem verständlichen Sinne, wie die vorangehende Meldung, die während der Besprechung des Rates eingegangen ist, ist die folgende Meldung über die Stimmung in gutunterrichteten französischen Kreisen gehalten. Durch die Meldung werden die vorangegangenen Meldungen des „Matin“ und des „Tempo“ natürlich überholt.

London, 2. Juli.

Weiter erzählt: In gutunterrichteten französischen Kreisen wird erkannt, daß darüber angebracht, daß eine Kritik entstanden sein soll oder bevorstehe. Es sei unrichtig, anzunehmen, daß heute eine Antwort von französischer Seite erteilt würde, die den Abschluß der Verhandlungen bilden würde. Die Verhandlungen würden im Gegenteil in freundschaftlicher Form weitergeführt werden.

### Drei ernste Angelegenheiten.

Zangerfrage — Ausbeutung des Saargebietes — Poincarés Antwort an England.

Paris, 2. Juli.

Das „Echo de Paris“ macht darauf aufmerksam, daß mit dem heutigen Tage eine ernste und schwierige Woche beginnt. Drei Angelegenheiten seien es, die zur Debatte ständen. Seit zwei Tagen beschäftigen sich französische, englische und spanische Sachverständige damit, das Schicksal von Tanager zu bestimmen. Ihre erste Verhandlung seien nicht ermutigend gewesen. Heute werde in Genf im Völkerbunde eine zweite Debatte über die Saarfrage eröffnet. Es handle sich darum, einer Regierungskommission den Prozeß zu machen, in der Frankreich einen entscheidenden Einfluß ausübe. Es handle sich ferner darum, vor dem Januar die Einsetzung einer neuen Kommission vorzubereiten, in der irgend ein kanadischer Präsident, der den französischen Ministern und der Politik vom 10. Januar d. J. feindselig gesinnt sei, sich dafür